

Dortmunder Delegiertentag setzt starkes Signal für die Zukunft der Polizei

Die Herausforderungen, die in den nächsten Jahren auf die Polizei in NRW zukommen, sind enorm. Nicht nur, weil viele ältere Kolleginnen und Kollegen aus dem Dienst ausscheiden werden, und damit ein enormes Erfahrungswissen verloren geht, sondern auch, weil die Politik noch immer nicht entschieden hat, welche Aufgaben die Polizei in Zukunft wahrnehmen soll, und wie viele Polizisten sie dazu braucht. Und weil die Bezahlung im öffentlichen Dienst attraktiver werden muss, damit er im härter werdenden Kampf um die klügsten Köpfe bestehen kann. Auch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel. Auf ihrem Dortmunder Delegiertentag hat die GdP gezeigt, dass sie gut vorbereitet in die härter werdenden Auseinandersetzungen mit der Politik um die Lösung dieser Herausforderungen geht. Denn die Delegierten haben nicht nur den neuen Landesvorstand mit einem starken Mandat ausgestattet, sondern auch viele zukunftsweisende Konzepte beschlossen.

Auf den alten und neuen Landesvorsitzenden Arnold Plickert entfielen in Dortmund 96,8 Prozent der Stimmen. Auch die übrigen GVS-Mitglieder erzielten sehr gute Wahlergebnisse. Ihm gehören neben dem Landesvorsitzenden Arnold Plickert die vier stellvertretenden Vorsitzenden Rainer Peltz (BV Arnsberg), Jutta Jakobs (Tarifbeschäftigte), Michael Mertens (BV Köln) und Wolfgang Spies (BV Düsseldorf) an. Als Kassierer und als dessen Stellvertreter wurden Heinrich Senkowski (BV Düsseldorf) und Lorenz Rojahn (BV Münster) wiedergewählt, als Schriftführer und als stellvertretender Schriftführer Volker Huß (BV Detmold) und Ralf Robertz (BV Düsseldorf). Als weiteres Mitglied wurde erneut Jürgen Wolff (BV Köln) in den GVS gewählt. Als Nachfolger für Karl-Heinz-Kochs, 61, der wegen des unmittelbar bevorstehenden Erreichens der Altersgrenze nicht mehr angetreten war, wählten die Delegierten als Vertreter des BV Aus- und Fortbildung außerdem Michael Maatz in den Vorstand.

Schon vor seiner Wiederwahl hatte Arnold Plickert in einer Grundsatzrede vor den Delegierten deutlich gemacht, dass die GdP ihren Druck auf die Politik massiv erhöhen wird, damit diese die noch immer ungelösten Zukunftsfragen der Polizei endlich angeht. Dringenden Handlungsbedarf sieht Plickert vor allem beim Nachersatz für die aus dem Dienst ausscheidenden Polizistinnen und Polizisten, beim Abbau krankmachender Arbeitsbedingungen bei der Polizei, bei den Verwendungsmöglichkeiten für gesundheitlich beeinträchtigte Kolleginnen und Kollegen, bei der

fehlenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei den unzureichenden Aufstiegschancen im Tarifbereich und im höheren Dienst und bei der von der Politik immer wieder versprochenen, aber noch immer nicht umgesetzten Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.

Bei der Personalausstattung erinnerte Plickert auf dem Landesdelegiertentag daran, dass die Landesregierungen in NRW seit dem Jahr 2000 unter wechselnden parteipolitischen Konstellationen 1900 Stellen bei der Polizei abgebaut haben. „Wird die Zahl der Neueinstellungen nicht an die wachsende Zahl der Pensionierungen angepasst, gehen uns in NRW bis 2025 weitere 3700 Polizistinnen und Polizisten verloren. Den Preis für diese verfehlte Personalpolitik zahlen die Bürgerinnen und Bürger in Form stagnierender Aufklärungsquoten“, warnte in Dortmund Landesvorsitzender Plickert und fügte hinzu: „Uns geht es nicht darum, mehr Polizisten einzustellen, sondern darum, den drohenden weiteren Personalabbau zu stoppen. Unsere Forderung lautet: Kein einziger Polizist weniger!“ Neben einer Anpassung der Einstellungszahlen an die zunehmende Zahl der Pensionierungen drängt die GdP vor allem auf einen Abbau der krankmachenden Arbeitsbedingungen bei der Polizei. Grundvoraussetzung dafür ist nicht nur eine Stärkung des Gesundheitsmanagements bei der Polizei, sondern auch eine Reduzierung der überlangen Schichtdienstzeiten. „Außerhalb der Polizei gibt es keine Branche, in der im Schichtdienst dauerhaft in einer 41-Stunden-Woche gearbeitet wird“, sagte Plickert. „Die überlangen Arbeitszeiten führen nicht zu mehr Sicherheit der Bürger, sondern nur zu noch mehr Dauerkranken in den Wachen und den Kriminalkommissariaten. Das muss sich dringend ändern.“

Auch bei der Durchsetzung familienfreundlicher Arbeitsbedingen will der neue GdP-Vorstand mehr Druck machen. „38 Prozent aller Nachwuchspolizisten in NRW sind Frauen. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ist deshalb längst kein weiches Thema mehr, sondern sie ist mitentscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Polizei“, sagte Plickert in Dortmund. „Wenn wir dieses Problem nicht endlich ernsthaft angehen, werden wir schon bald bei der Polizei gigantische Familienausfallzeiten erleben.“

Dass die GdP ein entscheidender politischer Faktor ist, wenn es um die Zukunftsfähigkeit der Polizei in NRW geht, wurde auch während der Festveranstaltung deutlich, zu

der führende Vertreter der Landtagsfraktionen, aus dem Innenministerium und den Polizeibehörden für den zweiten Kongresstag eingeladen hatte. „Ich schätze die GdP als kämpferische Arbeitnehmervertretung, die kein Blatt vor den Mund“, betonte in Dortmund die Präsidentin des Düsseldorf Landtags, Carina Gödecke, in ihrem Grußwort und warb dafür, auch bei strittigen Themen gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Zur Entscheidung der Landesregierung, den Tarifabschluss des vergangenen Jahres nur für die unteren Besoldungsgruppen der Beamten zu übernehmen, merkte Gödecke selbstkritisch an: „Fehler macht man schon mal im Leben, aber wenn man sie häufiger hintereinander macht, macht man einen großen Fehler.“ Auch zum wachsenden Einstellungsbedarf bei der Polizei fand die Landtagspräsidentin klare Worte. „Darauf muss reagiert werden. Darauf hätte längst reagiert werden müssen“, sagte sie.

Innenminister Ralf Jäger, der eben auf der Festveranstaltung gesprochen hat, äußerte sich zum Personalbedarf bei der Polizei wesentlich zurückhaltender. Eine Erhöhung der Einstellungszahlen auf 1800 Kommissaranwärterinnen und -anwärter könne es nur geben, „wenn wir die Qualität der Ausbildung halten können“, sagte er in Dortmund. Allerdings glaubt Jäger nicht, dass das möglich sein werde. Deshalb hat er auf dem Landesdelegiertentag der GdP angekündigt, dass er zunächst eine Arbeitsgruppe einsetzen will, die den künftigen Personalbedarf der Polizei ermitteln soll. Als Beispiele, wo er Einsparpotenziale sieht, nannte Jäger in Dortmund die hohe Arbeitsbelastung der Polizei durch Fußballereinsätze.

Dass sich hier kurzfristig größere Einsparpotenziale realisieren lassen, wird von Experten allerdings bezweifelt. GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert hatte in der Vergangenheit wiederholt betont, dass auch die GdP die Einsatzbelastung durch den Fußball für zu hoch halte, dass sich daran aber nur mittelfristig etwas ändern lasse. Einsparpotenziale seien auch deshalb schwer zu erzielen, weil nach jedem Einsatz, bei denen es zu größeren Auseinandersetzungen gekommen ist, anschließend sofort die Frage in den Raum gestellt wird, warum die Polizei nicht mehr Kräfte vor Ort hatte?

Ein weiterer Schwerpunkt des Delegiertentags war die Antragsberatung. Während die für den Kongress eingebrachten die Leitanträge u.a. zur Dienstrechtsreform, zum Schichtdienst, zur Situation des höheren Dienstes und zum Ausbau des Gesundheitsmanagements (siehe DP 3/2014) bei den Delegierten alle eine breite Mehrheit

fanden, gab es zu einzelnen Sachanträgen auch kontroverse Diskussionen. Das gilt insbesondere für die schon vor dem Landesdelegiertentag diskutierte Forderung nach einem Pilotprojekt zum Einsatz von Tasern. Am Ende stimmte die Mehrheit der Delegierten einem von der Kreisgruppe Köln eingebrachten Antrag zu, nachdem geprüft werden soll, ob im Wachdienst der Taser eingesetzt werden kann. Ein weitergehender Antrag der Kreisgruppe Düsseldorf, der sich für ein Pilotprojekt zur Erprobung des Tasereinsatzes ausgesprochen hatte, fand keine Mehrheit. Diskussionen gab es auch zum Thema Kennzeichnungspflicht. Am Ende stimmten die Delegierten einem Antrag zu, mit dem der Landesbezirksvorstand beauftragt wird, sich dafür einzusetzen, dass eine individualisierte Kennzeichnungspflicht für BHP-Kräfte nicht eingeführt wird.

Mehr Infos zum Landesdelegiertentag: www.gdp-nrw.de